

Neues Internetportal

Politikern auf den Zahn fühlen

PolitikerCheck will Demokratie beleben

VON LAURENT ZEIMET

Rechtzeitig zum bevorstehenden Wahlkampf wurde ein Internetportal eingerichtet, um Abgeordneten und Kandidaten auf den Zahn zu fühlen. Der PolitikerCheck bietet sich als Online-Bindeglied zwischen Bürgern und Volksvertretern an.

Neu ist die Idee nicht. Die Vorbilder finden sich in Deutschland, wo die Internetseiten abgeordnetenwatch.de und kandidatenwatch.de ein ähnliches Angebot machen. Bürger können Politiker online befragen. Zudem wird das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten bei wichtigen Entscheidungen veröffentlicht. Seinen Ursprung hatte das Konzept im Jahr 2004 in der Hansestadt Hamburg. Die Wähler sollten über das Portal ihre Abgeordneten besser kennen lernen, um bei der nächsten Wahl eine kompetente Entscheidung

treffen zu können.

Der Luxemburger Internet-Ableger wurde von einer eigens gegründeten Vereinigung PolitikerCheck Asbl auf die Beine gestellt, die sich als „politisch, ideologisch und religiös neutral“ bezeichnet. Sinn und Zweck der Vereinigung ist es laut Satzung, das Internet als neues Medium der Kommunikation und der Diskussion zu nutzen, um so die Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungsprozessen auf nationaler, europäischer und kommunaler Ebene zu fördern. Der PolitikerCheck ist natürlich darauf angewiesen, dass auch die Politiker das Angebot annehmen und sich der Online-Befragung stellen. Man könnte meinen, im kleinen Großherzogtum müssten sich Politiker und Bürger im Alltag eigentlich noch über den Weg laufen. Wenn man

allerdings den Erfolg des Sozialnetzwerks Facebook bedenkt, wo inzwischen Minister, Abgeordnete und Kandidaten emsig den „direkten“ Kontakt zu potenziellen Wählern suchen, ist nicht auszuschließen, dass diese neue Plattform eine Lücke füllen könnte. Laut eigenen Angaben zählt die Internetseite von abgeordnetenwatch.de täglich über 10 000 Besucher.

Medienpartner des deutschen Projekts sind die Onlineausgaben von „Der Spiegel“, „Süddeutsche Zeitung“, „Stern“, „Die Welt“, „Frankfurter Rundschau“ und „Der Tagesspiegel“. Auch die Luxemburger Variante sucht nach Partnern und Förderern, um das Portal finanziell tragfähig zu machen. Die Politiker werden in einem etwas holprigen Grußwort zum Mitmachen eingeladen. Die Initiative will Politiker „empfäng-

lich machen“ für gesellschaftliche Probleme und Bedürfnisse und für einen Legitimitätsgewinn der getroffenen Entscheidungen sorgen. Die Frage-Antwort-Beziehung von Bürgern und Politikern soll einem Moderationskodex unterliegen, der von den Betreibern überwacht wird. Alle Fragen werden vorab geprüft und nur freigestellt, wenn sie nicht gegen die Regeln verstoßen. Rassistische, sexistische oder gewaltverherrlichende Beiträge sind untersagt. Auch für Beleidigungen und Beschimpfungen soll kein Platz sein. Ausgeschlossen sind weiter Fragen zum Privatleben oder zu Themen, die einer Schweigepflicht unterliegen. Anonyme oder bestellte Fragen sollen unterbunden werden.

www.politikercheck.lu